

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Nation und Gesellschaft: historische Überlegungen zur "deutschen" Frage

Politik und Kultur

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1981) : Nation und Gesellschaft: historische Überlegungen zur "deutschen" Frage, Politik und Kultur, ISSN 0340-5869, Colloquium-Verlag, Berlin, Vol. 8, Iss. 1, pp. 3-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112410>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Nation und Gesellschaft

Historische Überlegungen zur „deutschen“ Frage

„Eine Nation‘, so lautet eine etwas melancholische europäische Sentenz, ‚ist eine Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum hinsichtlich ihrer Abstammung und eine gemeinsame Abneigung gegen ihre Nachbarn geeint ist!‘ Obwohl ein Düsenflugzeug das gesamte Territorium einer europäischen Nation in weniger als einer Stunde überfliegen kann und einer der vielen die Erde umkreisenden Satelliten das in weniger als zwei Minuten schafft, ist der Nationalismus heute immer noch eine der stärksten Kräfte der Welt.“ So beginnt einer der gegenwärtig wichtigsten Nationalismus-Forscher, Karl W. Deutsch, von der Harvard Universität, sein Buch *Der Nationalsozialismus und seine Alternativen*.

In der Tat genügt schon ein kurzer Blick auf die Geschichte der letzten Jahre, um zu sehen, daß es sich bei Nation, Nationalstaat und Nationalismus keineswegs um vergangene oder vergehende Phänomene handelt. Man denke nur an die Mißerfolge von Sozialismus und Kommunismus im Kampf gegen den Nationalismus — von der nationalen Haltung der einzelstaatlichen Arbeiterbewegungen im Ersten Weltkrieg über Stalins großrussischen Sowjetpatriotismus bis hin zur Entwicklung nationalkommunistischer Strömungen im östlichen Europa in den letzten Jahren. Niemandem wird der Siegeszug von Nationalstaat und Natio-

nationalismus in Asien und Afrika im Zuge der Entkolonisierung der letzten Jahrzehnte entgangen sein. Welch massenbewegende Sprengkraft er noch immer zu entfalten mag, zeigt der Nationalismus heute eher in Persien oder Palästina als in West- und Mitteleuropa, woher er stammt. Aber auch hier haben sich die Nationalstaaten als Subjekte der Politik und Kerne der politischen Identifikation erhalten, viel mehr als man in der Europa-Begeisterung nach dem Zweiten Weltkrieg erwartet hat. Zwar ist die Kooperation zwischen den europäischen Staaten in den letzten dreißig Jahren schrittweise enger geworden, vor allem in der Wirtschaftspolitik. Ein wenig Souveränität haben die Staaten der EG an die europäischen Institutionen abgetreten. Doch klar ist, daß aus ökonomischer Kooperation und Verflechtung die politische Einheit im Europa der Gegenwart ebensowenig automatisch folgt wie in Deutschland vor den Kriegen 1866 und 1870/71. Wenn es politisch hart auf hart geht, setzt sich weiterhin das einzelstaatliche Interesse durch, je nach Macht und Gewicht. Im eigenen Land wollen die Politiker vor allem wiedergewählt werden. Über die Effizienz der Europa-Bürokratie in Brüssel kann man streiten, über ihre politische Ausstrahlungskraft nicht. Sie ist gleich Null. Noch ist nicht zu sagen, ob das direkt gewählte Europa-Parlament in Straßburg hier eine Änderung herbeiführt und Europa im Bewußtsein und in den Gefühlen der Bevölkerung präsenter macht. Bis heute jedenfalls gehört auch in West- und Mitteleuropa das Nationalstaatsprinzip keineswegs zum alten Eisen.

In Deutschland scheint das anders zu sein. Der deutsche Nationalstaat, der von 1871 bis 1945 bestanden und sich in seinen letzten Jahren kräftig auf Kosten seiner Nachbarn ausgeweitet hat, ist zerbrochen. Viele glauben, daß es auch keine deutsche Nation mehr gibt.

Am 8. Mai 1945 endete der Krieg mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Der totale Krieg zog die totale Niederlage nach sich. Die Besiegten hatten die Souveränität über Territorium und Bevölkerung an die Sieger abzugeben. Was an Behörden auf lokaler Ebene weiterarbeitete, tat dies im Auftrag und unter den Anordnungen der Besatzungsmächte. Deutschland war nur noch ein Objekt der Politik.

Die deutsch besiedelten Teile Böhmens, die bis 1918 zur öster-

reichisch-ungarischen Monarchie, dann zur neu gegründeten CSSR gehörten und im Münchener Abkommen 1938 zum Deutschen Reich gekommen waren, fielen an die wiederhergestellte Tschechoslowakei. Die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden — vorbehaltlich einer endgültigen Friedensregelung — größtenteils unter die Hoheit Polens gestellt, das gleichzeitig seine eigenen Ostgebiete an die Sowjetunion abtreten mußte. Aus den auf diese Weise abgetrennten Gebieten wurde in den folgenden Jahren die deutsche Bevölkerung vertrieben, soweit sie nicht schon geflüchtet war. Insgesamt kamen bis 1950 knapp 13 Mio. Heute wohnen dort fast nur noch Polen und Tschechen. Gegenüber der CSSR hat die Bundesrepublik nie territoriale Ansprüche erhoben. Das von Hitler erzwungene Münchener Abkommen schien dafür keine rechtliche Basis abzugeben. 1970 hat die Bundesrepublik auch die territoriale Integrität von Polen bekräftigt und auf Gebietsansprüche verzichtet, aber insofern die Türe noch einen kleinen Spalt offenzuhalten versucht, als die Grenzregelungen weiterhin unter dem Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung stehen und ein zukünftig wiedervereinigtes Gesamtdeutschland nicht binden.

Auch die Teilung Rest-Deutschlands in Bundesrepublik und DDR war vorwiegend ein Resultat der sich verändernden internationalen Lage, den Deutschen von außen auferlegt. Aus der Gemeinsamkeit des Krieges gegen Hitlers Deutschland entwickelte sich zwischen den Siegern alsbald ein fundamentales machtpolitisch-ideologisches Spannungsverhältnis, das sich allmählich zum Kalten Krieg steigerte.

Die Einheitlichkeit Deutschlands war zwar im Potsdamer Abkommen noch vorgesehen; doch zunehmend wurde sie zur Fiktion. Zunächst sperrten sich die Franzosen aus nationalpolitischen und Sicherheitsinteressen gegen die Errichtung zentraler Verwaltungen für ganz Deutschland. Bald wirkten sich die unterschiedlichen Interessen der Mächte an deutschen Reparationen zentrifugal aus, verschiedenartige Interessen, die aus der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der einzelnen Siegerländer und ihrer Besatzungszonen folgten. Von Anfang an verstanden die Alliierten Verschiedenes unter den Begriffen „Demokratisierung“ und „Entnazifizierung“, und sie verwirklichten diese gemeinsam erklärten Ziele auf ganz verschiedene Weise.

Die Zwangsverschmelzung von SPD/KPD, die Bodenreform und die Teilsozialisierung im Osten, die andere Parteientwicklung, die Entscheidung für den Föderalismus und der Verzicht auf die Sozialisierung im Westen — all das ließ die gesellschaftlich-politische Entwicklung auseinanderdriften, lange bevor es 1948/49 zur Gründung der beiden halbsouveränen Teilstaaten kam. Die deutsche Teilung war ein Resultat des Ost-West-Konflikts. Immer fester wurden beide Teilstaaten wirtschaftlich, militärisch und ideologisch in die sich entwickelnden Bündnissysteme unter Leitung der USA und der Sowjetunion integriert, wobei zweifellos die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und der mit ihnen kooperierenden westdeutschen Politiker sehr viel mehr Zustimmung bei der Bevölkerung fanden als die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht und der ihr verbundenen SED.

Wie gesagt, die Teilung kam von außen. Aber sie stieß in Deutschland nicht auf entschiedenen nationalen Widerstand. Zunächst war politische Passivität in der Bevölkerung weit verbreitet. Die Diktatur, der Krieg und die sehr sichtbare Niederlage hatten die nationale Idee zutiefst diskreditiert. Für fast alle Parteien der Bundesrepublik galten und gelten, vor die Wahl gestellt, Frieden und freiheitliche Demokratie mehr als die nationale Einheit. Entschieden vollzog die von der Mehrheit getragene Regierung des Anti-Nationalisten Adenauer die umfassende Westintegration der Bundesrepublik, obwohl dies die ohnehin kleine Wiedervereinigungschance auf absehbare Zeit zunichte machen mußte. Auf diesen Verlust der nationalen Einheit hat man in Deutschland nicht mit nationalistischem Protest reagiert, auch nicht in der Bundesrepublik, wo dies möglich gewesen wäre und von kleinen Gruppen betrieben wurde. Auch als 1972/73 im Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR die deutsche Zweistaatlichkeit anerkannt und damit ein unhaltbar gewordener Anspruch zurückgenommen wurde, gelang es der Opposition nicht, eine auch nur wahlentscheidende nationale Gegenbewegung in Gang zu bringen.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß zwar immer noch viele Bürger der Bundesrepublik die Wiederherstellung der nationalen Einheit als wünschenswert bezeichnen, aber ohne hohe Priorität. Sie zeigen, daß die Bindungen insbesondere der Jüngeren an herkömmliche nationale Einstellungen äußerst gering sind. Kon-

takte nach Österreich und Frankreich sind für die Jüngeren häufiger und normaler als „nach drüben“. Allmählich fühlen sich viele bei uns stärker als Bundesrepublikaner, weniger stark als Deutsche allgemein, wenn auch die griffigen Worte dafür fehlen. Als 1968 DDR-Truppen mit in Prag einmarschierten, hielten dies 73 % befragter Bundesbürger zwar für eine Schande für die DDR, aber nur 10 % meinten, das sei auch eine Schande für uns in der Bundesrepublik, denn wir seien ja alle Deutsche. Jeder mag sich selbst und gegebenenfalls seine Kinder fragen, wie sehr wir es noch als „unsere“ Siege empfanden, als Sportler aus der DDR bei der letzten Winterolympiade Medaillen in großer Zahl gewannen, während die Sportler aus der Bundesrepublik fast leer ausgingen. Als feststand, daß die Mannschaft der Bundesrepublik nicht bei der Sommerolympiade 1980 in Moskau dabei sein würde, schränkten die hiesigen Fernsehanstalten ihre geplanten Übertragungszeiten drastisch ein, obwohl doch die Teilnahme von Sportlern aus der DDR außer Zweifel stand. Auf vielen anderen Gebieten läßt sich ebenfalls zeigen, daß nach mehr als dreißig Jahren ein bundesrepublikanisches Gemeinsamkeitsbewußtsein entstanden ist, das gesamtdeutsche Wir-Gefühle in den Hintergrund drängt.

Erneutes Interesse an der Nation

Löst sich bei uns also nach dem Nationalstaat auch die Nation im Bewußtsein der Bürger auf? Viel spricht dafür, doch gibt es in den letzten Jahren auch einige Gegenteilstendenzen, wenn schon nicht in der breiten Bevölkerung, so doch bei jenen, die Politik von Berufs wegen treiben, sich dafür besonders engagieren oder wenigstens darüber schreiben.

1. Zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition gehört ja nicht nur die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, sondern zugleich die emphatische Versicherung der Fortexistenz einer deutschen Nation. Ich zitiere aus dem ersten Bericht der Regierung „Über die Lage der Nation“ von Anfang 1970: „25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland. Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat

und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fort-dauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne *eine* deutsche Nation gibt...“. An diesem Grundsatz der einen Nation hält die Regierung bis heute fest. In ihrer praktischen Politik dokumentiert sie dies u. a. dadurch, daß sie am „besonderen Charakter“ des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten festhält: Diese sind beim jeweils anderen durch „Ständige Vertretungen“ repräsentiert; die DDR hat weiterhin Sonderrechte im innerdeutschen Handel; die Bundesrepublik hält an der einen deutschen Staatsbürgerschaft fest; vor allem für DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik übersiedeln oder flüchten, ist dies von großer praktischer Bedeutung; auf vielen Gebieten, bis hin zum Freikauf politischer Gefangener, demonstriert die Bundesrepublik, daß sie sich für Bürger des anderen deutschen Staates in höherem Maße mitverantwortlich fühlt als gegenüber den Bürgern Österreichs, Frankreichs, Polens oder irgendeines anderen Staates. Vor allem aber hält sich die Bundesregierung zugute, daß sie durch die Erleichterung des Reise-, Post- und Telefonverkehrs, durch die Erleichterung zwischenmenschlicher Kontakte über die deutsch-deutsche Grenze hinweg und durch Intensivierung des deutsch-deutschen Gesprächs auf verschiedenen Ebenen mehr für die Aufrechterhaltung der nationalen Zusammengehörigkeit getan hat, als es durch die bloße Beschwörung von Rechtspositionen möglich gewesen wäre.

2. Umgekehrt ist es den Kritikern der sozial-liberalen Deutschlandpolitik, vor allem in der CDU/CSU, gelungen, im Gegenzug zur Vertragspolitik und um sie einzugrenzen bzw. anzuhalten, Festlegungen zu erreichen, die geeignet sind, das politische Ziel „nationale Einheit“ erneut zu betonen. Vor allem erreichte die Opposition, daß das Bundesverfassungsgericht auf Antrag Bayerns 1973 prüfte, ob der Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Das Gericht bejahte dies zwar; gleichzeitig betonte es aber, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbestehe, wenn auch in einem derzeit handlungsunfähigen Zustand; daß die DDR, obwohl ein völkerrechtlich autonomer Staat, für die Bundesrepublik nicht Ausland sein könne; daß das Grundgesetz alle Verfassungsorgane auf das Ziel der staatlichen Wiedervereinigung ver-

pflichte und daß daraus die Forderung folge, „den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten“.

Daran knüpften sich in der Folge viele Appelle von Politikern, Publizisten und Pädagogen, das Ziel der Wiedervereinigung im Bewußtsein der Bevölkerung und vor allem der Jugend wachzuhalten oder wiederzuerwecken. Als bisher massivster Ausdruck dieser Bestrebungen sind die Rahmenempfehlungen der Kultusminister zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht von Ende 1978 zu werten. Danach sollen die Lehrer den Unterricht zur Bewahrung und Festigung eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins benutzen. Was eine Nation ist und speziell die deutsche Nation sein soll, bleibt freilich in den Empfehlungen bemerkenswert ungeklärt und widersprüchlich, wohl auch pädagogisch schwer zu vermitteln. Diese Empfehlungen dürften gleichwohl in den nächsten Jahren die Praxis des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts beeinflussen.

3. Es kommt wieder häufiger vor, daß sich Politiker, die man der Linken zuzurechnen pflegt, für gesamtdeutsch-nationale Zielsetzungen einsetzen und dies eng mit der Forderung nach gesellschaftlichen Reformen verbinden. Dies war ja häufig unter SPD-Politikern der 50er Jahre, z. B. bei Kurt Schumacher, der Fall. Er verband leidenschaftliche nationale Zielsetzungen mit dem Streben nach demokratisch-sozialistischen Reformen sowie mit kompromißloser Kritik am diktatorischen Kommunismus. Wenn er sich gegen Adenauers Politik der schnellen und vollen West-Integration wehrte — „Kanzler der Alliierten“ rief er ihm bekanntlich einmal zu —, dann aus nationalen wie aus sozial-reformerischen Motiven zugleich. Denn West-Integration, das bedeutete in den 50er Jahren ja in der Tat — neben vielem anderen — Vertagung der Wiedervereinigung und Festschreibung der privatwirtschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik. In der weltpolitischen Polarisierung der 50er Jahre hatte diese Perspektive eines dritten Weges zwischen Ost und West, zwischen kapitalistischer Markt- und kommunistischer Verwaltungswirtschaft keine Chance. Sie wurde auch von der SPD spätestens 1960 aufgegeben.

Nicht diese Perspektive, aber Elemente von ihr sind in den letzten Jahren wieder aufgetaucht, als die Konfrontation der Blöcke sich lockerte. Horst Ehmke z. B., der stellvertretende Vorsitzende

der SPD-Bundestagsfraktion, gibt eine gesamtdeutsche Antwort auf die Frage „Was ist des Deutschen Vaterland?“. Nicht nur durch gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte seien die Deutschen in West und Ost verbunden, auch durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit, durch den Willen, eine Nation zu bleiben und durch — auch politische — Verantwortung füreinander. Er fragt dann, was für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein zukünftiges Gesamtdeutschland haben könne, welche Ordnung wohl Zustimmung auf beiden Seiten in der Bevölkerung finden könne. Seine Antwort: demokratischer Sozialismus. Dies berührt sich mit Gedanken, die offenbar auch von sehr kleinen Gruppen oppositioneller DDR-Intellektueller im stillen vertreten werden. Wie Entspannungspolitik nach außen, Reformpolitik nach innen und nationale Deutschlandpolitik zusammenhängen können, wird hier sichtbar.

Zweifellos sind solche Langzeit-Perspektiven äußerst kontrovers und hochgradig utopisch, denn sie setzen — neben vielem anderen — eine deutlich veränderte internationale Konstellation voraus, den Abbau der Blöcke, weitgediehene Entspannung und neue zwischenstaatliche Sicherheitssysteme. All das ist auf absehbare Zeit nicht zu haben, und das weiß man wohl auch in der SPD. Ich erwähne das jetzt nur, um zu zeigen, daß die Einheit der Nation keineswegs nur, wie manchmal behauptet wird, eine Zielvorstellung von Politikern rechts der Mitte ist. Sie findet sich mit verschiedenem Inhalt in verschiedenen politischen Lagern.

4. Es gibt noch weitere Anzeichen für die Fortexistenz und die Wiederbelebung nationaler Argumente und Gefühle in den letzten Jahren. Ich denke nicht so sehr an den irrationalen Nationalismus kleiner rechtsradikaler Grüppchen. Sie sind heute schwächer als in den späten 60er Jahren, als die NPD fast in die Parlamente gelangte. Eine intellektuelle Auseinandersetzung mit ihnen lohnt sich derzeit nicht.

Interessant ist vielmehr die neuerdings wieder bei Intellektuellen, auch linken Intellektuellen, anzutreffende Suche nach historisch begründeter, im Symbolen bekräftigter, kollektiver Identität, eine Suche, die manchmal zu national getönten Fragen und Antworten führt, wie sie noch vor ein paar Jahren in linken Gesprächskreisen verpönt gewesen wären. Dahinter mag vieles stecken: der

zeitliche Abstand zu 1945; Enttäuschung über internationalistische Bewegungen und Ideologien der letzten Jahre; Kritik an der angeblich allzu verwestlichten („amerikanisierten“) Bundesrepublik; manchmal wohl auch einfach der Versuch, etwas vergleichsweise Neues zu sagen. Denn auch in der publizistischen Zeitkritik gibt es Moden, und Originalität wird hoch honoriert. Man soll die wenigen Beispiele überdies nicht überschätzen. Doch vielleicht reicht es tiefer. Unzufriedenheit mit der industriellen Zivilisation ist weit verbreitet. Deren Errungenschaften sind selbstverständlich geworden. Als Verkörperung des Fortschritts ist sie nur noch schwer zu begreifen, viel eher als Zerstörer der natürlichen Umwelt und der überkommenen Traditionen. Der Protest gegen Quantifizierung und Standardisierung, gegen Vermarktung und Organisation, gegen Wachstums- und Konsumbegeisterung und gegen die Einebnung gewachsener Kultur kann in Deutschland an alte Traditionen der rechten und linken Zivilisationskritik anknüpfen. Sie ging sehr oft mit anti-westlichen Ressentiments Hand in Hand. Als anti-amerikanische Gefühlsregungen kommen diese heute wieder. Die Ausdrucksformen dieser zivilisationskritischen Proteste sind vielseitig. Bisher werden sie nur selten als Suche nach nationaler Identität formuliert, viel häufiger äußern sie sich als ökologische Proteste oder als Rückzug ins „lebensreformerische Getto“. Doch könnte sich das ändern. Diese Beobachtungen mögen genügen. In der Regierungspolitik und unter ihren Kritikern, in der Rechtsprechung und in der Unterrichts politik, unter demokratischen Sozialisten und neuerdings auch unter linken Intellektuellen finden sich inhaltlich verschiedenartige Ansätze, so etwas wie eine über die Bevölkerung der Bundesrepublik hinausgreifende deutsche Nation zu diskutieren und zu wollen. Diese nationalen Regungen können in Zukunft noch stärker werden. Sie stehen im Gegensatz zur Realität der Teilung Deutschlands und, soweit man sieht, zu den vorherrschenden Stimmungen in der breiten Bevölkerung. Sie stehen auch im Gegensatz zur offiziellen Meinung in der DDR, wo die Vorstellung von „zwei Staaten und einer Nation“ 1970 aufgegeben wurde und seitdem von zwei Nationen, einer sozialistischen in der DDR und einer kapitalistischen in der Bundesrepublik, gesprochen wird, die angeblich nichts Wesentliches gemeinsam haben. Diese Wendung, die die DDR in Reaktion auf

die neue Bonner Ostpolitik vollzog, diente wohl vor allem der stärkeren ideologischen Abgrenzung von der nunmehr offensiv werdenden Bundesrepublik und zeigt, wie sehr sich die DDR-Regierung nunmehr in die Defensive gedrängt sah. Verzichtete sie doch mit der Vorstellung von der einen deutschen Nation — jedenfalls vorläufig und offiziell — auf das Programm einer gesamtdeutschen Wiedervereinigung auf sozialistisch-kommunistischer Grundlage, an dem sie bis dahin festgehalten hatte. Daß im Gegensatz zur offiziellen Meinung der SED-Regierung in der Bevölkerung der DDR nationale Vorstellungen und Hoffnungen durchaus noch lebendig sind, und zwar mehr als bei uns, wird allgemein mit guten Gründen vermutet.

Was spricht für die Bemühung um ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein und was dagegen? Lohnt sich das Festhalten an einer gesamtdeutsch-nationalen Identifikation? Ist es nicht vielleicht gefährlich? Gibt es noch die deutsche Nation, und wenn ja, was hält sie zusammen? Wie sieht das in Zukunft aus? Wie soll man sich orientieren?

Ich möchte einige historische Argumente vortragen und dann auf dieser Grundlage zu den gestellten Fragen Stellung nehmen. Doch zuvor muß kurz definiert werden, was hier mit „Nation“ gemeint ist. Drei Merkmalskomplexe möchte ich unterscheiden: Nationen zeichnen sich zum einen durch ein positiv besetztes Zusammengehörigkeitsbewußtsein der meisten ihrer Mitglieder aus, die sich dadurch von den Mitgliedern anderer Nationen absetzen. Dieses Bewußtsein der Zugehörigkeit und der Wille dazu können aus verschiedenen Wurzeln stammen, wobei große und nachwirkende historische Erfahrungen — die frühen Freiheitskämpfe der Schweizer, die Revolution der Franzosen, die Unabhängigkeitskriege der Amerikaner — wohl die wichtigste Quelle solchen Gemeinsamkeitsbewußtseins darstellen.

Von Nation wird man zweitens in der Regel nur dann sprechen können, wenn die betreffende Bevölkerung durch ein hohes Maß an Binnen-Kommunikation in den verschiedensten Bereichen gekennzeichnet ist. Die Mitglieder einer Nation müssen miteinander etwas zu tun haben, wenn es sich denn um eine Nation handeln soll, in der einen oder anderen Weise: durch sprachliche Kommunikation und Literatur, durch Verwandtschaftsbeziehungen und Abstammung, durch gemeinsame Bräuche, Erinnerun-

gen und Normen, durch Wirtschaftsbeziehungen und Begegnungen aller Art.

Drittens verfügt eine Nation in der Regel über eine gemeinsame, sie zusammenschließende politisch-staatliche Organisation oder strebt danach. Das heißt, sie hat oder will Mechanismen, die es ihr erlauben, in gemeinsam interessierenden Fragen zu gemeinsamen Entschlüssen zu kommen und deren Ausführung zu gewährleisten.

Nationen, so verstanden, finden sich einigermaßen voll entwickelt erst seit der Zeit der Revolutionen im späten 18. Jahrhundert, zunächst nur in Europa und Nord-Amerika. Natürlich entstanden sie nicht über Nacht. Eine französische, eine englische, eine deutsche Sprache hatte sich seit Jahrhunderten herausgebildet, zusammen mit einer in dieser Sprache geschriebenen Literatur, die sich an die schmale Schicht der Gebildeten im ganzen Land richtete. In West-Europa — nicht aber in Deutschland — waren große Zentralstaaten entstanden, deren Grenzen sich ungefähr mit den Sprachgrenzen deckten. Aber die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung identifizierte sich selbst in Frankreich und England im 18. Jahrhundert noch nicht mit der Nation. Der europäische Hochadel war über nationale Grenzen hinweg verwandt und verflochten, die Königshäuser auch. Ausländische Offiziere dienten im preußischen Heer des 18. Jahrhunderts, und der König von Preußen sprach meist die Sprache der europäischen Gebildeten: Französisch.

Die meist ländlichen Unterschichten waren größtenteils noch im Vorhof der Politik. Eingebunden in kleine Kreise, in Familie und Dorf, Religionsgemeinschaft und Stand identifizierten sie sich noch kaum als Franzosen, Engländer oder gar als Deutsche.

So ist verständlich, daß gewisse Entwurzelungs- und Mobilisierungsprozesse der Nationsbildung vorausgingen und parallel liefen. Ältere, kleinräumige, traditionalere Identifikationen mußten erst ein Stück weit gelockert werden, um einem übergreifenden Nationalbewußtsein Platz zu machen. Nationen entstanden und entstehen erst, wenn eine genügend große Anzahl von Menschen da ist, die sich ein ganzes Stück aus ihren traditionellen, festen Bindungen gelöst haben: aus der Familie, dem Dorf, aus ihrer religiösen Bindung oder, heute in Afrika, aus ihrer Stammesloyalität. Deshalb gehörten seinerzeit in Europa und heute

in Afrika immer städtische, gebildete Bürger — oft Intellektuelle und Studenten — zum Vortrupp der nationalen Bewegungen. In der Regel erreichten diese großräumige Mobilisierung und die Herauslösung aus alten Bindungen in Europa erst im 18. Jahrhundert die entscheidende Schwelle. Die Aufklärung und die Säkularisierung, die Entstehung einer überständischen, überlokalen, gebildeten Öffentlichkeit, der Aufstieg des Kapitalismus und seiner überregionalen Märkte, die zum Teil traditionsfeindliche Politik der absolutistischen Staaten — all das trug zur Nationsbildung bei, ebenso wie politische Emanzipationsbewegungen: des Bürgertums gegen Adel und absolutistischen Staat im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, der amerikanischen Siedler gegen das englische Mutterland, der Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialherren in den entstehenden Nationalstaaten der Dritten Welt nach 1945.

Die deutsche Nationalstaatsbildung wies eine Reihe von Eigenarten auf, die sich bald als Belastungen erweisen sollten: In Frankreich und England bildete sich die Nation im Rahmen eines schon bestehenden Zentralstaats heraus. Die Forderung nach Selbstbestimmung der Nation hatte so primär eine innenpolitische Stoßrichtung. Zur Nation gehörten alle Staatsbürger; gemeinsame Sprache, Kultur und Abstammung waren vergleichsweise sekundär. In Deutschland und auch in Italien bestand dagegen im frühen 19. Jahrhundert ein Zentralstaat noch nicht. Hier entfaltete sich die Nationalbewegung nicht im Rahmen der bereits geeinten Staaten, sondern gegen eine Vielzahl von Einzelstaaten, als Einigungsbewegung. Nation konnte hier also nicht Staatsnation heißen wie in Frankreich oder USA. Vielmehr berief man sich auf die Nation als auf eine vorstaatliche Einheit, auf das Volk, das man primär durch Gemeinsamkeiten der Kultur, der Geschichte, der Sprache und der Abstammung gekennzeichnet sah. Die Kulturnation war es, auf die sich die deutsche Nationalbewegung berief, allerdings mit dem Bestreben, sie durch Nationalstaatsbildung zur Staatsnation zu erweitern. Mit dieser Eigenart hing zusammen, daß niemals so klar und immer umstritten war, wer nun zur deutschen Nation gehörte, denn kulturell-sprachliche Gemeinsamkeiten ergeben keine so scharfen Grenzen wie der verfaßte Staat. Damit hing auch zusammen, daß sprachlich-kulturelle und ethnische Minderheiten innerhalb des

deutschen Nationalstaats weniger leicht geduldet werden konnten als in Staatsnationen wie der Schweiz und USA. Schließlich war die Idee der vorstaatlichen, volksgebundenen, sprachlich-kulturell begründeten Nation sehr viel leichter mythisch-metaphysisch zu überhöhen und später rassistisch zu verformen als die Idee der Staatsnation.

In Deutschland bildete sich die Nationalbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts teilweise in Reaktion auf den expansiven französischen Nationalismus heraus, in der Abwehr der im Land stehenden napoleonischen Truppen und in Kritik an der Französischen Revolution. Damit wurde die deutsche nationale Idee früh von einer anti-französischen, ja anti-westlichen Stoßrichtung geprägt. Von Anfang an hatte sie ein gebrochenes Verhältnis zu den Ideen der Französischen Revolution; früh stand sie in Spannung zu Volkssouveränität und Demokratie, zu Aufklärung und Emanzipation.

Im Unterschied zu West-Europa und Nord-Amerika geschah die Gründung der Nation in Deutschland nicht revolutionär. Nachdem der Versuch, Einheit *und* Freiheit durch Revolution von unten zu verwirklichen, 1848/49 gescheitert war, übernahm 1870/71 die Obrigkeit die Gründung des deutschen Nationalstaats und insofern die Vollendung der deutschen Nation auf ihre Weise. Was da entstand, war nicht das Deutsche Reich, um das Liberale und Demokraten 1848/49 vergeblich gekämpft hatten. Zwar enthielt die neue Verfassung von 1871 viele liberale Elemente. Doch die Gründung des Nationalstaats bedeutete bei uns keine Schwächung der alten Gewalten in Bürokratie, Militär und Großgrundbesitz. Im entstehenden kleindeutschen Reich gewann Preußen ein eindeutiges Übergewicht, der Staat also, in dem liberale und demokratische Verfassungstraditionen weniger entwickelt waren als in manchem süddeutschen Land.

Der deutsche Nationalstaat entstand sehr spät, als die industrielle Revolution schon längst begonnen hatte. Die soziale Frage, die Arbeiterfrage, stand deshalb schon auf der Tagesordnung, als die nationale Frage noch nicht abgehakt war — ganz im Unterschied zu den westeuropäischen Nationalstaaten, die sich herausgebildet hatten, bevor die Industrialisierung begann. Für Deutschland bedeutete dies eine schwierige Überlagerung von Problemen.

Schließlich ist festzustellen, daß die deutsche Nationalstaatsbildung ein europäisches Problem ersten Ranges darstellte. Hier, in der Mitte Europas, hatte seit Jahrhunderten eine Vielzahl kleinerer und mittelgroßer Staaten bestanden. Jetzt bildete sich hier eine Großmacht, die das internationale Gleichgewicht in Frage stellen mußte. Nur durch sehr kluge Diplomatie konnte Bismarck die anderen europäischen Mächte dazu bewegen, diese Verschiebung der internationalen Machtverteilung auf ihre Kosten zu dulden. Es gelang ihm nur, weil er glaubwürdig darstellen konnte, daß Deutschland in Europa „saturiert“, zufriedengestellt sei und nicht danach strebe, zur Vormacht zu werden.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begann überall eine zweite Phase, die erst im Zweiten Weltkrieg endete. Zwar verschwanden die vorhin genannten fortschrittlichen Funktionen des Nationalprinzips und des Nationalismus nicht ganz. Aber andere Funktionen traten nunmehr daneben auf und drängten sich in den Vordergrund. Als Folge der Industrialisierung und der Politisierung breiter Bevölkerungsschichten waren nämlich überall die sozialen Spannungen gewaltig angeschwollen. Die Spannungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Proletariat wurden überall zur wichtigsten inneren Front. Doch gab es Nebenfronten: die zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Kleinhandwerk und Großkapital und zwischen den Konfessionen. Sehr intolerant war der Nationalstaat gegenüber Minderheitsnationalitäten und gegenüber Gruppen mit übernationalen Bindungen wie dem Katholizismus oder der Sozialdemokratie. Aus alledem ergaben sich Spannungen und Konflikte, die die soziale und politische Verfassung der Nationalstaaten bedrohten. Damit änderte der Nationalismus seine Funktionen; zumindest akzentuierten sie sich um.

Die Machthaber lernten nämlich, daß man unter Beschwörung der nationalen Einheit auch mißliebige Gruppen im Inneren zurückdrängen, ja verfolgen konnte; daß man Nationalismus bewußt schüren und dann dazu benutzen konnte, Interessengegensätze im Innern zu vertuschen, auf Veränderung drängende Gruppen abzublocken und innere Konflikte in äußere Aggressionen umzulenken. Je später, desto mehr wurde der Nationalismus von einem Kampfmittel der Linken zu einem Herrschaftsinstrument der Rechten; immer häufiger mußten Demokraten und vor allem

auch Sozialdemokraten gegen die Macht des Nationalismus ankämpfen und häufig erfolglos. Je später, desto häufiger steigerten sich nationale Leidenschaften zum alles andere verdrängenden Chauvinismus, verbanden sie sich mit Fremdenhaß, Kriegsbereitschaft und Krieg.

Diese Umakzentuierung des Nationalprinzips von einer linken zu einer rechten Ideologie fand im Zeitalter des Imperialismus — im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert — in vielen Ländern statt. Aber in Deutschland war diese Verschiebung besonders ausgeprägt. Das hing mit der oben genannten Eigenart der deutschen Nationsbildung in der Frühphase zusammen. Nationale und liberal-demokratische Strömungen waren eben in Deutschland von Anfang an weniger klar verschmolzen gewesen als etwa in Frankreich oder USA. Die Nationalstaatsbildung war letztlich durch den preußischen Beamten- und Militärstaat verwirklicht worden, von oben, durch die Obrigkeit. Der entstehende Nationalstaat trug schärfste Spannungen in sich: Er verfolgte das Ideal, alle Menschen deutscher Zunge in sich zu vereinigen; aber in Wirklichkeit blieben Millionen Deutsche in Groß-Österreich außerhalb seiner Grenzen, während umgekehrt nicht-deutsche Minderheiten zu seinen Einwohnern gehörten, vor allem die Polen im Osten, die Dänen in Schleswig und die Franzosen in Elsaß-Lothringen. Von konfessionellen Spannungen war er zerküftet. Auch sie nahmen im Zeichen des Nationalismus zu. Der politische Katholizismus bekam das im Kulturkampf der 1870er Jahre zu spüren. Reich und Arbeiterbewegung waren im selben Jahrzehnt gegründet worden; sie traten früh in außerordentliche Spannungen zueinander. Die Reichsgründung drängte die Arbeiterbewegung weiter ins Abseits; ihre Führer wie August Bebel saßen im Gefängnis, als das Deutsche Reich 1871 im Spiegelsaal von Versailles gegründet wurde; prinzipielle Opposition und revolutionäre Rhetorik waren die Antwort der Arbeiterbewegung auf die Diskriminierung seitens Staat und Gesellschaft. Umgekehrt profilierte sich der neu entstandene deutsche Nationalstaat sehr bald durch seine scharfen Attacken auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, auf die „vaterlandslosen Gesellen“ von links.

Deutlicher als in Frankreich, England oder USA wurde damit das Ideal des starken Nationalismus gegen links gewendet und zur

Erhaltung bestehender Machtverhältnisse gegen Parlamentarisierung, Linksliberalismus und Sozialdemokratie eingesetzt. Je schärfer die inneren Spannungen, desto schriller die nationalistischen Parolen, um sie zu überdecken. Durch nationalistische Agitation verschaffte sich der neue Konservatismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine kleinbürgerliche Massenbasis, die er zur Machterhaltung brauchte; dabei radikalisierte er sich. Imperialistische, gegen die Nachbarstaaten gewandte Propaganda, rassistische Ideologien und Antisemitismus gehörten schon vor 1914 zu diesem rechtsgerichteten Nationalismus. Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug er kräftig bei.

Es wäre falsch, von hier allzu direkte Linien zur nationalsozialistischen Diktatur zu ziehen. Diese folgte nicht mit Notwendigkeit aus den geschilderten Eigenarten der deutschen Nationalstaatsbildung. Vieles andere mußte hinzukommen, um 1933 zu ermöglichen, so etwa die Niederlage von 1918, die man in Deutschland als unverschuldetes Schicksal und nationale Demütigung ansah; natürlich auch die Weltwirtschaftskrise ab 1929. Doch Zusammenhänge bestehen. Demokratie und Nationalstaatsidee traten bei uns eben nicht erst im Dritten Reich dramatisch auseinander. Die illiberalen Züge des Nationalstaatsgedankens haben bei uns eine besonders starke Tradition.

In der Weimarer Republik trat diese Tradition in aller Schärfe hervor. Mit nationalen Parolen und nationalistischen Phrasen bekämpfte die politische Rechte die erste deutsche Republik und ihr parlamentarisch-demokratisches System. Unter Berufung auf gemeinsame nationale Gesinnung näherten sich Teile der alten Machteliten aus Großindustrie und Großlandwirtschaft, Militär und Beamtentum einerseits, die neue braune Protestbewegung Hitlers andererseits allmählich aneinander an — eine wichtige Voraussetzung der Machtergreifung. Extremer Nationalismus war im Mittelpunkt der Ideologie, mit der Hitler seine Massenbasis gewann, vor allem im Bürgertum, im Kleinbürgertum und in den ländlichen Mittelschichten. Bewußt setzte er den Nationalismus gegen die parlamentarische Demokratie, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten ein.

Sicherlich gingen Ideologie und Praxis des Dritten Reiches nicht im Nationalismus auf. Viel anderes kam hinzu. In manchen Hinsichten war der Nationalsozialismus etwas ganz Neues, nicht nur

eine Fortsetzung alter Traditionen. Es gibt viele Gründe, warum er in Deutschland siegte.

Aber zu diesen Gründen gehören die Eigenarten des Nationalprinzips in Deutschland. Nicht zufällig teilt das andere faschistisch werdende Land, Italien, mit Deutschland das Schicksal einer verspäteten Nationalstaatsbildung. Und es war im Namen nationalistischer Ziele, daß Hitler einen Krieg begann, in dem 50 bis 55 Mio. Menschen umkamen und der deutsche Nationalstaat schließlich zerbrach.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind 36 Jahre vergangen. Dies ist zu kurz, um zu einer sicheren historischen Einordnung zu kommen. Aber es scheint, daß die Geschichte des Nationalstaats im westlichen Europa und in Nord-Amerika in eine dritte Phase eingetreten ist. In diesen gleichsam erwachsenen Nationalstaaten sind jene gesellschaftlichen Bedürfnisse schwächer geworden, die früher das Nationalstaatsprinzip erfüllen mußte und die früher den Nationalismus hervorbrachten.

In der ersten Phase diente der Nationalismus vor allem der Mobilisierung. Er hatte die Funktion, traditionelle Barrieren zu beseitigen und zusammenbrechende traditionelle Loyalitäten zu ersetzen. Dafür besteht bei uns heute wenig Bedarf. Der schnelle Wandel, das Wachstum, die Modernisierung haben heute andere Antriebskräfte. Sie sind gewissermaßen auf Dauer gestellt, das Normale geworden. Unsere Schwierigkeit besteht eher darin, den Wandel zu beherrschen, seine ungewollten sozialen und ökologischen Folgen zu kontrollieren. Es gibt nur noch wenige traditionelle Barrieren, die mit der Dampfkraft des Nationalismus weggeräumt werden müßten — im Unterschied zu den ökonomisch rückständigen Ländern und denen, die sich von Fremdherrschaft emanzipieren wollen.

In der zweiten Phase hatte der Nationalismus vor allem die Funktion, gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse zu stabilisieren, die durch innere Spannungen und Konflikte in Frage gestellt wurden. Er diente dazu, den Klassenkonflikt und andere soziale Konflikte zu überdecken, zu entschärfen und teilweise nach außen abzulenken. Er diente als Mittel der Integration in anderweitig schlecht integrierten Gesellschaften. Daraus ergaben sich seine Schärfe, seine Irrationalität und seine Gefährlichkeit. Natürlich haben wir auch heute nationale Konflikte. Aber

die meisten westlichen Gesellschaften haben andere Mittel entwickelt, mit ihnen umzugehen. Der relativ hohe Lebensstandard, Konsumorientierung, der Sozialstaat, demokratische Verfahren gehören dazu. Weil sich der reale Zusammenhalt der Gesellschaften verstärkt hat, brauchen sie die Scheinintegration des Nationalismus weniger als früher. Wenigstens gilt das zur Zeit und jedenfalls für die Bundesrepublik. Die Chancen eines Nationalstaats ohne Nationalismus sind damit größer geworden.

Gleichzeitig verstärkt sich die übernationale Verflechtung. Die Entwicklung der großen multinationalen Unternehmen sprengt die Grenzen des Nationalstaats. Die Wirtschaftspolitik braucht teilweise übernationale Träger; die EG ist ein Beispiel dafür. Der Reiseverkehr, der Güterverkehr, der Informationsaustausch über die Grenzen hinweg haben Ausmaße erreicht wie nie zuvor. Die Militärtechnologie drängt zur übernationalen Zusammenarbeit und zur übernationalen Gegnerschaft. Übernationale Ideologien prägen die Lagerbildung mehr als nationale.

Ist damit das Nationalstaatsprinzip überholt? Hat es ausgedient? Sollte man es durch lokale und regionale Identifikationen, durch Zugehörigkeit zu kleinen Gemeinschaften einerseits, durch die Idee der Weltbürgerschaft andererseits ersetzen?

Ich glaube es eigentlich nicht. Dafür gibt es mehrere Gründe, vor allem aber diesen: Der Staat greift immer stärker in unser Leben ein, bei der Regelung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse, bei der sozialen Daseinsvorsorge, bei der Gewährleistung und der Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung, im Bildungswesen, im Bereich der Medien etc. Man mag das bedauern und die Auswüchse bekämpfen. Aber dies ist ein in allen fortgeschrittenen Industrieländern seit vielen Jahrzehnten beobachtbarer, offenbar notwendiger Trend. Er wird sich weiter verstärken. Es ist wahrscheinlich, daß uns der Staat in Zukunft mehr Opfer zumuten wird. Zum Beispiel, wenn unsere Wirtschaft in Wachstumskrisen gerät. Oder wenn unsere Selbsterhaltung die Beschneidung des Wachstums verlangt. Oder wenn die schreienden Ungerechtigkeiten in der internationalen Verteilung des Reichtums gebieterisch internationale Umverteilung verlangen. Man kann es auch anders ausdrücken: Die kollektiv wahrzunehmenden Aufgaben werden relativ zu den individuell zu lösenden Aufgaben zunehmen.

Der Staat wird uns mehr zumuten. Damit das ohne tiefe soziale Turbulenzen und Zusammenbrüche abgeht, damit das demokratisch und ohne neue Formen der Diktatur gelingt, braucht die Gesellschaft – trotz Konflikt und aller Kritik – ein gewisses Maß an Solidarität, der Staat an Legitimität. Gesellschaftliche Solidarität und demokratische Legitimität des Staates haben viele Quellen, vor allem soziale Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit. Eine zusätzliche, nicht unwichtige Quelle von Solidarität und Legitimität ist aber ein nüchternes nationales Zusammengehörigkeitsbewußtsein mit Augenmaß, sind gemeinsame nationale Traditionen, ist die gemeinsame Geschichte.

Regionen und regionale Loyalitäten können diese Aufgabe allein nicht erfüllen. Sie sind zu klein für die Planungsbedürfnisse der modernen Gesellschaft. Auch die Leistungsfähigkeit übernationaler Einheiten scheint begrenzt, so wichtig sie sind. Die Entscheidungszentren dürfen nämlich nicht zu weit vom einzelnen entfernt sein, wenn sie demokratisch beeinflussbar und ihre Entscheidungen einsichtig bleiben sollen. Sie können überdies nur allmählich jene Traditionen entwickeln, die für die Ausbildung der gewünschten Solidarität von Nutzen sind.

Daß funktionierende nationale Traditionen bei der Lösung innerer Krisen hilfreich sein können, scheint mir in den letzten Jahren England zu demonstrieren.

Hier liegt nun ein gewisses Dilemma der Bundesrepublik. Bei uns ist in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten eine relativ leistungsfähige, relativ demokratisch-soziale und freiheitliche Gesellschaft entstanden. Der Nationalismus ist hier besonders gründlich geschwächt worden – dank der Katastrophen, in die er uns in seiner zweiten Phase geführt hat, dank des undemokratischen und illiberalen Charakters, den er in Deutschland hatte. Es hat sich daraus ein gewisses, nicht undemokratisches bundesrepublikanisches Staatsbewußtsein herausgebildet. Darin schwingt bei aller Unzufriedenheit auch Stolz auf die wirtschaftlichen Aufbauleistungen mit, besonders bei jenen, die den Aufbau nach dem Krieg trugen. Die Eingliederung der Massen von Flüchtlingen und Vertriebenen gehört zweifellos zu den größten Erfolgen dieser Gesellschaft. Auch Zustimmung zu unserem sozialen und politischen Modell fehlt nicht ganz, nüchterne Genugtuung über die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik in ei-

nem vielfachen Sinn. Für viele Bürger dürfte dieses bundesrepublikanische Selbstbewußtsein mittlerweile wichtiger sein als das langsam vergehende gesamtdeutsche Nationalbewußtsein, das an den Nationalstaat von vor 1945 oder vor 1933 anknüpft.

Aber man kann nicht ganz leicht vom Tisch wischen, was Publizisten und Sozialwissenschaftler wie Richard Löwenthal in den letzten Jahren immer wieder bemerkt haben. Verschiedene Varianten des bundesrepublikanischen Bewußtseins weisen große Unsicherheit auf. Sie zeigt sich beim Umgang mit dem Wort „Deutschland“; in der Maßlosigkeit mancher Proteste; in der Traditionslosigkeit unserer Formen; im Umgang mit der Vergangenheit. Diese Kritiker fürchten, daß die demokratische Solidarität unserer Gesellschaft nicht ausreicht, wenn sie tatsächlich einmal, was wahrscheinlich ist, in tiefe Krisen gerät. Eine Abhilfe sehen manche darin, unsere gemeinsame Geschichte ernster zu nehmen, unsere gemeinsamen Traditionen zu betonen und zur Stärkung der gemeinsamen Identität zu benutzen.

Das aber ist ein sehr zweischneidiger Vorschlag, aus mehreren Gründen, vor allem aus diesem: Blicken wir, wie diese Vorschläge es wollen, mehr als gut dreißig Jahre zurück, dann finden wir neben lokalen, regionalen und gesamteuropäischen Traditionen – die zweifellos sehr wichtig sind – vor allem deutsche, nationale Traditionen, die nun gerade nicht spezifisch sind für die Bundesrepublik, sondern die wir gemeinsam haben zumindest mit den Deutschen in der DDR. Wenn man diese Traditionen betont, stärkt man also wohl gerade nicht die gesuchte bundesrepublikanische Identität, sondern ein gesamtdeutsches Gemeinsamkeitsbewußtsein. In diesem Licht erscheint dann die Bundesrepublik aber leicht als defekter Teilstaat, als Provisorium, das nicht ist, was es sein sollte. Die Erinnerung an die Geschichte stärkt also insofern nicht die Solidarität innerhalb der Einheit, in der wir sie brauchen, weil wir nur in ihr handeln können. Es ist wahr, Traditionslosigkeit destabilisiert, die historische Erinnerung aber auch.

Wie soll man sich verhalten? Hier spätestens setzt der Bereich der politischen Entscheidung ein, den die Wissenschaft niemandem abnehmen kann. Meine eigene Meinung möchte ich in der Konsequenz der vorstehenden Ausführungen, aber nicht ohne politische Entscheidung, in 5 Thesen abschließend zusammenfassen:

1. Es ist illusionär und gefährlich, von Deutschland in den Grenzen von 1937 auszugehen. Die ganz große Mehrheit derer, die in den Gebieten östlich von Oder und Neiße wohnen, gehört in keinem denkbaren Sinn zur deutschen Nation. Versuche, diese Gebiete zu Deutschland zu rechnen, gehen fehl und erschweren das Zusammenleben mit Polen. So schmerzhaft und unmoralisch sie waren, hier haben die Vertreibungen eindeutige Verhältnisse geschaffen — Konsequenz des von Deutschland begonnenen Kriegs. Wie immer ihre juristische Rationalität beschaffen sein mag, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist insofern zu bedauern; mancher Streit um die gestrichelten Grenzbeziehungen in Schulatlanten auch.

2. Blicken wir also nur auf das Verhältnis Bundesrepublik — DDR. Wir haben gesehen, daß eine Nation nicht nur durch gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte zusammengehalten wird, sondern auch dadurch, daß ihre Mitglieder viel miteinander zu tun haben und viel miteinander kommunizieren, wirtschaftlich, durch Heirats- und Verwandtschaftsbeziehungen, durch gemeinsame Interessen, durch Reisen und Mobilität. Es kann m. E. kein Zweifel daran bestehen, daß in diesen Hinsichten die deutsch-deutsche Grenze undurchlässiger und trennender ist als manche unserer anderen Grenzen. Sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR greift der Staat tief in viele Lebensbereiche ein. Auch das fördert die Auflösung der Nation, denn die Politik dieser Staaten ist sehr unterschiedlich. Allerdings hat die Deutschlandpolitik der Bonner Regierung seit 1969 diesen Auflösungsprozeß gebremst, denn sie hat die Grenze etwas durchlässiger gemacht und den realen Zusammenhang der Nation etwas gestärkt.

3. Der Nationalstaat ist nicht die natürliche oder gar notwendige Staatsform der Völker. Die Deutschen haben lange ohne Nationalstaat gelebt. Viele unserer größten Beiträge zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung geschahen in der Zeit vor dem Nationalstaat. Heute hat die Bedeutung des Nationalstaats abgenommen. Eine internationale Konstellation, in der eine staatliche Wiedervereinigung Deutschlands unter akzeptablen Bedingungen möglich wäre, ist auf absehbare Zeit sehr unwahrscheinlich. Die Bundesrepublik nur als möglichst schnell zu überwindendes Provisorium zu betrachten, ist unglücklich. Denn dieser Staat braucht und verdient die kritische Loyalität seiner

Bürger. Auf ihn muß sich das demokratische Gemeinsamkeitsbewußtsein vor allem richten. Denn hier können und müssen wir handeln.

4. Auf der anderen Seite gibt es zweifellos Restbestände einer gesamtdeutschen Nation. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR verbindet mehr als Deutsche und Franzosen, auch mehr als Deutsche und Österreicher.

Das liegt zum einen an der gemeinsamen Sprache und an der noch teilweise gemeinsamen Kultur; das faktisch grenzüberschreitende Fernsehen fußt darauf und stärkt diesen Zusammenhang.

Zum zweiten sind die beiden Systeme trotz aller Gegensätzlichkeit in besonderer Weise aufeinander bezogen. Die Ostdeutschen beobachten uns mehr als wir sie; sie vergleichen sich mit uns, mehr als mit anderen europäischen Bevölkerungen. Für den ostdeutschen Staat bedeutet das eine dauernde Quelle der Instabilität, denn im Vergleich schneidet er bei seinen Bürgern oft nicht gut ab. Für den westdeutschen Staat hat der Vergleich die umgekehrte Wirkung. Er gewinnt dadurch an innerer Anerkennung und Legitimität. Manche Eigenart der Bundesrepublik ist Resultat der deutschen Zweistaatlichkeit. Daß der Kommunismus bei uns parteipolitisch und intellektuell schwächer ist als in den meisten westeuropäischen Staaten, erklärt sich aus unserer Abgrenzung von der DDR, aus dem nicht gerade werbenden Beispiel des dortigen Kommunismus. So erklärt sich auch, daß in der Bundesrepublik besonders leicht begründete Kommunismuskritik in irrationalen, ängstlichen, illiberalen Antikommunismus umschlägt, der leicht propagandistisch ausgebeutet werden kann. Man sieht, die beiden deutschen Staaten sind trotz aller Spannungen im innersten aufeinander bezogen.

Schließlich hängen wir – wenn auch in langfristig abnehmender Weise – durch unsere gemeinsame Geschichte bis 1945 zusammen, die man nicht verdrängen darf. Daraus erwächst in der Tat Verantwortung füreinander, solange man die moralische Dimension aus der Politik nicht völlig streichen will. Denn in gewisser Weise bezahlen die Deutschen in der DDR, die in so vielen Hinsichten schlechter dastehen als wir, für die Irrwege dieser unserer gemeinsamen Geschichte. Deshalb sollte die Bundesrepublik an ihrem besonderen Verhältnis zur DDR in nüchterner, unpathe-

tischer Weise festhalten und unauffällig beitragen zu dem Ziel, den Deutschen in der DDR durch kleine und kleinste Schritte mehr Freiheit und bessere Lebensmöglichkeiten zu verschaffen – unter voller Anerkennung ihrer autonomen staatlichen Existenz. Wenn aus dem so begründeten besonderen deutsch-deutschen Verhältnis zugleich Chancen zur bescheidenen Auflockerung der sonst äußerst scharfen Abgrenzung zwischen den großen Blöcken resultieren, so sollten sie in aller Vorsicht wahrgenommen werden – ohne Gefährdung unserer festen Einbindung in den Westen, der wir nicht nur in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht viel verdanken.

5. Die einzelnen finden sich mithin in mehrfachen Bezügen und Loyalitäten: als Bürger der Bundesrepublik vor allem, als Westeuropäer, als Deutsche, natürlich auch als Mitglieder einer Familie, einer Region, einer Stadt, eines Berufes, einer Partei. Das relative Gewicht dieser Loyalitäten variiert und verschiebt sich mit der Zeit. Nachdem die nationale Identifikation weniger als früher in Gefahr ist, primär gerückt oder gar verabsolutiert zu werden, dürfte sie leichter als eine unter anderen zu verwirklichen sein. Sich in mehreren konkurrierenden, überlappenden oder sich ergänzenden Loyalitäten gestufter Verbindlichkeit zu befinden, ist nachgerade normal. Wenn dies die Herausbildung eindeutiger kollektiver Identitäten erschwert, so eröffnet es vielleicht andererseits zusätzliche Chancen der Freiheit. Auch zu dieser Einsicht kann historische Erinnerung verhelfen, wenn sie nicht auf Nationalstaatsgeschichte verengt wird, sondern auch auf Vergegenwärtigung der zahlreichen Traditionen unter und über, vor und zunehmend auch nach dem bei uns so kurzlebigen Nationalstaat zielt. Die Geschichte der Einzelstaaten und der Länder, der Regionen und Orte, der Familien und Klassen, des alten Reichs, des Föderalismus und Europas, der Bundesrepublik und der DDR gewinnt damit große Bedeutung – neben und in Verbindung mit der deutschen Nationalgeschichte. Es gibt viele Traditionslinien, in denen die einzelnen ihre Identität erfahren können.